

Der von den Zeitzer Spartakiden verhaftete Hauptmann v. Winterfeldt soll nach Leipzig gebracht worden sein.

Schreckensherrschaft der Matrosen in München.

Wien, 3. März. Reisende, die aus München kamen, berichten, daß dort völlige Anarchie herrsche. 15 000 Matrosen, die sich Eisner aus Kiel hatte kommen lassen, üben eine rücksichtslose Schreckensherrschaft aus. Sie raufen in Autos in der Stadt umher und nehmen den Bewohnern von Hotels und Bankhäusern Geld und Wertgegenstände ab, so auch dem Grafen Thurn und Taxis. Die Persönlichkeit des Mörders Eisners ist noch immer in Dunkel gehüllt. Er ist jetzt verhandlungsfähig, verweigert aber jede Auskunft. Ein Graf Arco ist er bestimmt nicht, denn die Familie Arco erklärt, daß von ihren Mitgliedern keines fehle. Der Graf Arco, dem die Tat zugeschrieben wird, hat eine im Kriege zerschossene Hand, während des Mörders beide Hände unverletzt sind.

Der Hexenkessel Berlin in neuer Gärung.

Bewaffnete Zusammenstöße.

Berlin, 5. März. Mannschaften der republikanischen Soldatenwehr versuchen, einen Unteroffizier des Regiments Reinhardt, das den Schleifschiffen Bahnpost befiehlt, zu entwaffnen. Gleichzeitig versuchen sie, unter den Mannschaften dieser Brigade kommunistische Propaganda zu treiben. In der Nähe des Schleifschiffen Bahnhofs und in Moabit sind Minderungen vorgekommen.

Als gestern nachmittag ein Transportzug mit Regierungstruppen in Tempelhofer Felde her Maschinegekreische und Gewehrfeuer. Die Regierungstruppen entwaffneten bei der Ausrückung einige Posten der republikanischen Soldatenwehr. Die Soldatenwehr ging hierauf mit geladenem Gewehr gegen den Transportzug vor. Der Führer der Regierungstruppen ließ die Leute der Soldatenwehr zur Niederlegung der Waffen auffordern. Den Regierungstruppen gelang es jedoch erst nach einem heftigen Kampf von etwa zehn Minuten, die Soldaten zu entwaffnen.

Auf dem Alexanderplatz.

Ueber die Ausschreitungen auf dem Alexanderplatz ist den Blättern noch folgendes zu entnehmen: Gegen Mittag hatte sich auf dem genannten Platz eine große Menge, meist leichtbewaffnete, eingefunden. Zwei Offiziere, die den Platz im Wagen patrouillierten, wurden herausgerissen, blutig geschlagen und am Boden liegend, mit Fußtritt bearbeitet. Eine Abteilung des Gardetrains geriet in Gefahr, von der Volksmenge entwaffnet zu werden. Als Regierungstruppen hinzu kamen, fielen mehrere Schüsse, worauf der Platz gesäubert wurde. Vier Männer und zwei Frauen wurden dabei getötet. Von den Regierungstruppen fiel ein Leutnant. Auf dem Ostlichen Bahnhof versuchten gestern nachmittag streikende Arbeiter die Geleise aufzureißen, wurden aber von Bahnbeamten und Soldaten daran gehindert. Am Schleifschiffen Bahnhof und in Moabit ist es gestern vormittag noch zu einigen Minderungen und Gefechten gekommen. Tagesblatt, Lokalanzeiger, Volksliche Zeitung und einige andere Berliner Zeitungen sind auch heute nicht erschienen.

Verstärkung der Truppen in Berlin.

Berlin, 5. März. Nachdem während des gestrigen Tages starke militärische Kräfte in Berlin eingetroffen sind, ist eine Reihe wichtiger Gebäude, darunter die Reichskanzlei, der Reichstag, die Fernsprechanstalt, das Haupttelegraphenamt, die Lebensmittelpost und der Schlachthof mit Truppen besetzt worden. Heute zogen mit Einbruch der Dunkelheit Patrouillen durch die Stadt, um Minderungen vorzubeugen. Die Kommandantur in Berlin veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiter und Bürger Berlins, in dem die Bitte ausgesprochen wird, nicht feigen zu bleiben und die Straßen frei zu halten. Nur bei Befolgung dieser Bitte könne die Kommandantur für das Leben Unschuldiger einstehen. Den Anordnungen der Regierungstruppen müsse unbedingt Folge geleistet werden.

Die „Führer“ der deutschen Arbeiter.

MW Berlin, 4. März. Laut Täglicher Rundschau verbreitet der Vorstand des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes heute ein Flugblatt, in dem es u. a. heißt:

Wer hat heute die geistige Führung bei den Arbeiterparaden in der Hand? Sind es Arbeiter? Nein, Doktoren sind es, meist russischer Herkunft, die die deutsche Arbeiterkraft für ihren Fanatismus mißbrauchen wollen. Die wirtschaftliche Freiheit des sozialen Arbeiterrechts, das paritätische Mitbestimmungsrecht in allen Fragen eures Anstellungsverhältnisses, das gilt es jetzt zu erringen. Aber wir wollen ein Recht, wir wollen nicht Gewalt. Darum bleibt bei der Arbeit.

Regelung der Kohlenwirtschaft.

Berlin, 4. März. Der Nationalversammlung wird folgendes Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vorgelegt werden:

§ 1. Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind: Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks.
§ 2. Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Regelung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schließt die Kohlenenergie für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. Den Verbänden liegt die Regelung der Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrates ob. Die Reichsregierung regelt die Festsetzung der Preise.

§ 3. Vor der in § 2 vorgesehenen Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat mit der Kohlenwirtschaft zu betrauen, der aus 48 Mitgliedern besteht. Je 16 Mitglieder hat nach den näheren Bestimmungen der Reichsregierung von den Arbeitgeber-Gruppen und den Arbeitnehmer-

Gruppen der Arbeitskammer zu wählen. Von diesen entsenden:

auf den Ruhr-Bezirk, einschließlich benachbarter Steinkohlenbezirke, je 5 Arbeiter und Arbeitnehmer, auf den oberdeutschen Bezirk je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den Saar-Bezirk, den niederrheinischen Bezirk, den rheinischen Bezirk, den mitteldeutschen Braunkohlen-Bezirk östlich der Elbe, den niederrheinischen Braunkohlen-Bezirk und endlich auf die bayerischen Bezirke je ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer.

Werden in einzelnen Bezirken Arbeitskammern nicht bis zum 15. März 1919 errichtet, so hat die Reichsregierung bis zur Herbeiführung einer Kammer die auf solche Bezirke entfallenden Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft zu ernennen. Von diesen sollen drei aus den Kreisen des Handels, zwei aus den Kreisen der technischen, einer aus den Kreisen der kaufmännischen Angestellten sowie sechs aus den Kreisen der Sachverständigen für Kohlenbergbau, Kohlenförderung und Verkehrswege entnommen werden.

§ 4. Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes, sie kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark, im Falle der Wiederholung außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden.

§ 5. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialversicherungs-Gesetz in Kraft.

Stadtratswahlen in Westdeutschland.

In Essen erhielten Sitze: Zentrum 45, Nat. Verein 15, Deutschd. Partei 6, Mehrheitssozialisten 24, Unabhängige 9, Polen 3. (Von 240 000 Wahlberechtigten stimmten nur ca. 145 000 ab.)
In Dortmund, 3. März. Sozialdemokraten 32, Zentrum 24, Deutsche Volkspartei 11, Deutsche nationale Volkspartei 2, Demokraten 5, Angestelltenverbände 4 Mandate.

Überhausen, 3. März. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl erhielten: Zentrum 10 767 Stimmen (21 Sitze), Mehrheitssozialisten 7022 (14), Deutsche Volkspartei und Deutschd. Partei 4723 (9), Polen 3665 (7), Unabhängige 2105 (4), Demokraten 1628 (3), Kriegsbefähigte 1454 (2).

Wiesbaden, 3. März. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen erhielten Sitze: das Zentrum 16, die Deutsche Volkspartei 9, die Sozialdemokraten 6, die Demokraten 4, die Deutschd. Volksp. 1.

Dortmund, 3. März. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl erhielt das Zentrum 19, die Sozialdemokraten 3, die Deutsche Volkspartei und Deutschd. Partei je einen Sitz. Wahlbeteiligung rund 80 Prozent.

Stettin, 3. März. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen erhielten: Zentrum 6806 Stimmen (21 Sitze), Sozialdemokraten 1871 (6), Demokraten 942 (3), Polen 836 (2).

Samborn, 3. März. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen erhielten: Zentrum 6747 Stimmen (15 Sitze), Polen 5417 (11), Kommunisten 4880 (10), Mehrheitssozialisten 3564 (7), Deutsche nationale und Deutsche Volksp. 2527 (4), Demokraten 1278 (1).

Worms, 3. März. Zentrum 11, Mehrheitssozialisten 15, Deutsche Volkspartei und Deutschd. Partei 6, Demokraten 6, Unabhängige Sozialisten 1, Polen 1, Kriegsbefähigte 1 und Sozialisten 1.

Wiesbaden, 3. März. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl wurden gewählt: 9 Zentrum, 7 Deutsche Volkspartei, 6 Demokraten, 5 Wirtschaftliche Vereinigung, 9 Mehrheitssozialisten und 6 Unabhängige.

Worms, 3. März. Zentrum 17, Sozialdemokraten 13, Demokraten 4, Deutsche Volkspartei und Deutschd. Partei 2 Mandate.

Worms, 3. März. Zentrum 38, Mehrheitssozialisten 18, Deutschd. Partei 2, Demokraten 4, Freie Volkspartei 3, Christlich-sozialistische Vereinigung 1, Unteroffizierverein 1.

Auch im oberrheinischen Lande wurden starke bürgerliche Mehrheiten erzielt. So haben erhalten in Mönchengladbach die bürgerlichen die Sozialdemokraten 11 Sitze; in Mönchengladbach 9 Sitze; in Mettmann die bürgerlichen 20, die Sozialdemokraten 10 Sitze; in Mönchengladbach die bürgerlichen 18, die Sozialdemokraten 14, die Sozialdemokraten 10 Sitze. Nur in Remscheid haben die Sozialdemokraten eine Mehrheit von 10 Stimmen erhalten: 22 Bürgerliche gegen 32 Sozialdemokraten.

Stadtverordnetenversammlung.

Neuß, den 5. März 1919.
(Schluß.)

Stadtv. Geflügelinspektor Müller bittet den Vorstehenden, die Beirats anzuweisen, gegen das Rinderfleisch von der 10. bis 12. Jährigen Schulspflichtigen Jungen vorzugehen. Der Antrag geht an.

Vorl. Die Polizeibeamten seien angewiesen, dagegen vorzugehen.

Bei Beratung der Gats erklärt Stadtv. Bonnes, die Abrechnungen liegen noch nicht vor. Die Gats werden vorfristig beantragt sein, man werde sich also vorbehalten, bei der Endabrechnung darauf zurückzukommen.

Regierung der Krankenhauskasse.
Stadtv. Hof. Grunau bemerkt, die an die Schwärzen zu zahlende Entschädigung ist noch immer auf der alten Summe wie vor dem Krieg, von 125 Mk. pro Schwärze, stehen geblieben. Eine Erhöhung um 50 Prozent ist wohl schon hinsichtlich der Kleidung geschehen. Es handelt sich auch um eine große Summe. Stadtv. 5000 Mk. wozu 7500 Mk. für den Etat eingegeben. Das Kollegium ist damit einverstanden.

Gesundheitsplan des Volkshauses für 1919.
Beigeordn. Klein bemerkt, der frühere Antrag von 6000 Mk. zur Förderung für Tuberkulose und Krüppelwesen zu bestimmen, sei auch diesmal beantragt worden, es seien jetzt 5000 Mk. für Tuberkulose und 1000 Mk. für Krüppelwesen bestimmt.

Stadtv. Hof. Grunau bemerkt, auch beim Jahresbericht wäre für die dort beschäftigten Schwärzen eine gewisse Erhöhung erforderlich. Sodann erklärt

es ihm nicht angängig, daß das Recht der Armenpfleger, die Normalfälle zu erhöhen, von bisher 20 Prozent auf 10 Prozent zu beschränken. Das habe nicht die Berufsgenossenschaft der Armenpfleger, auch ließen sich die verschiedenen Verhältnisse nicht in den engen Rahmen von 10 Prozent fassen.

Beigeordn. Klein ist gern mit dieser Anregung einverstanden, um so mehr könne gegeben werden.

Stadtv. Frings findet die Verwaltungskosten von 43 800 Mk. bei 200 000 Mk. Umschlag bei der Armenkasse auffallend.

Beigeordn. Klein macht darauf aufmerksam, daß viele Wohlfahrtsstellen, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, dort zu erledigen seien. Die Arbeiten dürften nicht noch dem Gesundheitsamt berechnet werden.

Stadtv. Arbeitersekretär Schmitz: In den Büros würde auch Kunst und Bezeichnung erteilt.

Stadtv. Hof. Grunau erklärt, das aus dem Ertrag des Kriegswirtschafts gewonnenen Geld darf aber nicht dazu dienen, den bürgerlichen Säckel zu schonen. Es soll als besondere Unterstützung in Bedürfnisfällen an Kriegervetern und Kriegsbeschädigte verwandt werden.

Beig. Klein: Das Geld solle dann gleich andern Fonds besonders verwandt werden.

Stadtv. Dr. Niemeyer: Der Tuberkulosebekämpfung müsse ein ganz besonderes Augenmerk zugewandt werden. Die Erfordernisse daran hätten in den letzten Jahren sehr zugenommen.

Beigeordn. Klein: In aller nächster Zeit wird sich eine besondere Sitzung der Wohlfahrtsdeputation damit beschäftigen.

Stadtv. Hof. Grunau: Es empfehle sich wohl, die Armenärzte zu bitten, wo sie mit Tuberkuloseerkrankungen zu tun haben, den Armenpflegern Mitteilung zu machen. Besonders in den schlechten Wohnungen der inneren Stadt finde man leider häufig tuberkulosekranken Kinder. In einer besonderen Sitzung müsse einmal beraten werden, wie die Bekämpfung der Tuberkulose mit allen Kräften aufgenommen werden könne. In der Armen-Deputation sei schon viel über die Sache verhandelt worden. Es müsse so vorgegangen werden, daß etwas Ganzes gegen dieses schreckliche Uebel geschaffen kann.

Beigeordn. Klein: Ein Plan zur Tuberkulosebekämpfung sei kurz vor Kriegsende fertig geworden. Er umfasse Wohnungsfürsorge, Betten, Nahrungsmittel. Nur ein ganzes System der Bekämpfung könne Besserung bringen. Die Armenärzte seien jetzt schon sehr in Anspruch genommen.

Stadtv. Dr. Niemeyer: Im Krankenhaus solle ein besonderes Gebäude für die Lungenheilkunde eingerichtet werden, da nicht alle Lungenkranke in die Heilanstalt gebracht werden könnten, müsse auch in der Stadt für Pflege gesorgt werden. Der Kampf gegen diese Volkskrankheit dürfe nicht ruhen.

Stadtv. Hof. Grunau wünscht ebenfalls eine durchgreifende Bekämpfung der Tuberkuloseerkrankung. Die Armenärzte können da allein nicht helfen. Vor allem müssen unsere Pflanzstätten mit der Anweisung versehen. Es empfiehlt sich, dieses Pflanzstätten mehr auszubauen. Durch hochgenüßige Behandlung in den einzelnen Familien wird schon viel erreicht. Sodann müssen aber auch die Mitglieder der Wohlfahrtsvereine hier mitwirken und deshalb genötigt werden, diese Seite hin unterstützt werden. Die Feststellung der Tuberkulosefälle ist unbedingt notwendig. Kann man unter der heutigen traurigen Lage nicht in vollem Maße helfen, so wird doch auch jetzt schon vieles zu retten sein.

Stadtv. Dr. Niemeyer: Es ist auch der Zeit, daß man in Neuß bald unbedingt ein Wohnheim einrichten lassen. Andere kleinere Städte als Neuß hätten eine solche Anlage längst. Mit der Steigerung der Wohnungsnot mache sich das Fehlen einer solchen Anlage immer mehr bemerkbar.

Vorl.: Im Krankenhaus sei ein Wohnheim einrichten in Verbindung mit der Tuberkulosestation geplant.

Stadtv. Arbeitersekretär Schmitz: Die Tuberkulosebekämpfung sei durch die augenblicklichen Verhältnisse sehr erschwert. Nicht alle ungenügende Ernährung der Bevölkerung, nicht alle mangelhafte Bekleidung, nicht alle mangelhafte Hygiene, sondern alle diese Faktoren zusammen, besonders bei Kindern, schädliche die Bekämpfung in der Wohnungsmittelstufe sehr erschweren.

Stadtv. Dr. Niemeyer: Man müßte nicht aus dem Auge lassen, die tuberkulosekranken Kinder in die Anstalten auf das Land zu schicken.

Gesundheitsplan für den Begebau für 1919.

Stadtv. Dr. Beiken erläuterte die Position.
Stadtv. Jäger: Es ist die Rheinstraße besser in Ordnung zu halten, die als Weg zum Bahnhof besonders viel benutzt werde. Vielleicht ließen sich die Vorarbeiten zum Ausbau zwischen den beiden Unterführungen, wo die Verhältnisse besonders schlimm seien, in die Wege leiten. Auch der Rinderstraße bis zur Burgunderstraße müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Am besten werde dort gepflastert, die Straße sei auch bebaut und könnten Straßenlaternen eingebracht werden. Die Regulierung der Bürgersteige auf der Friedrichstraße sei auch sehr wichtig.

Stadtv. Jäger: Es werde allgemein beantragt, daß die Wegeverwaltung in letzter Zeit dazu übergegangen sei, die Spaltenwege mit Gras zu bepflanzen, was sehr zu empfehlen sei, da dadurch ganz unangehörig zu machen. Man sei allgemein über diese Wegeverbesserung einverstanden.

Stadtv. Alexander Müller: Auch der Münsterplatz habe von dem großen Kies eine Decke erhalten; das sei wirklich erfreulich. Die Steine seien nur dazu da, damit die Jugend damit die Fenster einwerfen. Der Druckschlag solle ja in gleicher Weise verschont werden. Gott sei dank habe er das noch zeitig verhindern können.

Stadtv. Derendorf: Die Feldwege seien in schlechtem Zustande, es müsse dafür nicht weniger, sondern mehr aufgewandt werden. Der alte Weg zum Rhein, den die Hammer Gärtnerei ganz verlassen hätten, gleiche bei Regenwasser einem See. Auch die dort angepflanzten Bäume seien abgestorben.

Stadtv. Arbeitersekretär Schmitz: Die Rinderstraße, die von der Rinderstraße aus als nächster Weg zur Schraubenfabrik benutzt werde, sei auch nicht zu begehren.

Vorl.: Er werde die Sache nachsehen lassen.

Gesundheitsplan der Straßenreinigung für 1919.

Stadtv. Hof. Grunau glaubt, daß aus dem vorigen Etat während des Krieges noch Mittel vorhanden sind, diese sollte man jetzt mitverwenden, denn die Straßenreinigung ließe allgemein zu wünschen übrig. Falls die Erhebung des Etats von 31 000 auf 48 000 Mark nur den alten Stand erhalten sollte, so dürfte das dem Bedürfnis nicht entsprechen. Die Frage einer ordentlichen Reinigung hänge auch in diesem mit der Tuberkuloseerkrankung zusammen.

Stadtv. Jäger: Die Rheinstraße müsse auch einmal wöchentlich abgescannt werden.

Vorl.: An den Abrechnungen seien die Wägen verfahren und könnten augenblicklich nicht erstellt werden.

Auch Stadtv. Dr. Niemeyer empfiehlt die Pflege und Reinigung der Rheinstraße.

Stadtv. Jäger: Die Stadt muß unbedingt auf eine geregelte und allgemeine Durchführung der Reinigung achten. Die ungenügenden Verhältnisse namentlich

in den Außenbezirken unserer Stadt, wo fast an jeder Ecke ein Müll- und Schutthaufen zu sehen ist, sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß in manchen dicht bewohnten Straßen keine Müllabfuhr stattfindet. Es empfiehlt sich sehr, bald eine städtische Müllabfuhr einzurichten.

Stadtv. Arbeitersekretär Schmitz: Die Regulierung der Rheinstraße an der Kreislerstraße sei auch sehr wichtig.

Beig. Dr. Beiken: Die Vorarbeiten seien in Gange.

Schmutzwasserkanalisation und Hausanschlüsse im Glockhammer, Quirinsstraße etc.

Stadtv. Jäger: bittet, den Glockhammer neu zu planieren zu lassen, da er jetzt doch kanalisiert werde.

Vorl.: Der Glockhammer werde nur von der Münsterstraße bis zum Hafen kanalisiert.

Errichtung von Bedürfnisanstalten.

Stadtv. Dr. Niemeyer: Als Mitglied der Kommission könne er nur bestätigen, was Herr Medizinalrat Dr. Niemeyer ausgeführt habe. In den Straßen der Anstalten am Ober- und Bahnhof, mit denen die Anstalten für die Rheinische Bahngesellschaft verbunden werden sollen, könne die Rheinische Bahngesellschaft einen Beitrag zu leisten. Auf jeden Fall müßten die Anstalten bald eingerichtet werden.

Stadtv. Dr. Jäger: Am Rheinberge sei die Anlage nicht möglich, da die Fundamentierung wohl aus großen Blöcken bestünde, aber nicht tief gehe und das Fundament ohnehin schon Risse zeige.

Stadtv. Geflügelinspektor Müller schlägt vor, die Anstalt an dem Gehäusen zu errichten. Die Anlage müsse gemacht werden ohne Rücksicht auf die Kosten und zwar bald.

Stadtv. Hof. Grunau: Die Angaben des Stadtkommissioners Sittler über die Fundamentierung des Rheinberges könne er bestätigen. Vielleicht empfehle sich das Gelände vor dem Maschinenlager.

Stadtv. Jäger: Der Anbau neben dem Gehäusen sei ja ursprünglich für die Anlage bestimmt gewesen, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Das Gehäusen habe ohnehin zu wenig Platz.

Stadtv. Paul Josten bittet, die kleinen Gassen auch zu beleuchten.

Vorl.: Ein Beschluß werde heute nicht möglich sein.

Stadtv. Jäger: bittet auch die Bedürfnisanstalt auf dem Kirchhof zeitig zu gestalten.

Stadtv. Hof. Grunau bittet dann auch gleich wegen einer Warte auf der Nordstraße (Schlachthof) zu verhandeln. Auch da ließe sich daran eine Bedürfnisanstalt anschließen.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

Vorl.: Die Anlage eine Warte auf der Nordstraße, dort sei es auch sehr gut angeordnet.

